

## Berichte

Die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften —  
Verein für Socialpolitik — auf ihrer Tagung in Baden-Baden  
Oktober 1958

Das Generalthema der unter Teilnahme zahlreicher Nationalökonom<sup>n</sup> Deutschlands, Österreichs und der Schweiz und vieler Gäste aus dem Auslande in Baden-Baden abgehaltenen Tagung lautete: „Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums.“ Es sollte also die Frage untersucht werden, welche Bedingungen finanz- und währungspolitischer Art erfüllt werden müssen, um das Realeinkommen der Volkswirtschaft regelmäßig und stetig anwachsen zu lassen. Diese Untersuchung wurde nach dem Plane des wissenschaftlichen Leiters der Tagung, Prof. Dr. Fritz Neumark (Universität Frankfurt), in der Weise durchgeführt, daß zunächst die wissenschaftlichen und sozialen Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums umrissen, sodann ihre finanz- und währungspolitischen Bedingungen erörtert und schließlich das Problem der Koordinierung der Finanz- und Währungspolitik im Hinblick auf die Sicherung stetigen Wirtschaftswachstums angeschnitten wurde. Und da es bei der ganzen Problematik sehr auf die Größenordnungen ankommt, so wurde außerdem der Versuch gemacht, auch die quantitativen und die monetären Aspekte herauszuarbeiten.

Das erste Referat „Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums“ wurde von Prof. Dr. Andreas Paulsen (Freie Universität Berlin) erstattet. Er ging von der Voraussetzung aus, daß Wirtschaftswachstum ein gestaltungsfähiger und sogar gestaltungsbedürftiger, nicht automatisch ablaufender Prozeß sei und es deshalb eine politische Entscheidung ist, wenn ein optimales Wachstum angestrebt wird. Sie muß auf der Basis einsichtig gemachter wirtschaftlicher, technischer und psychologischer Möglichkeiten stehen. Als Rahmenbedingungen, die Form und Rate des Wachstums beeinflussen, wurden ausdrücklich festgesetzt, 1. daß das Wirtschaftswachstum sich in einer solchen Wirtschaftsordnung vollziehen soll, die mit dem Leitbild einer Gesellschaft freier Menschen vereinbar ist (was grundsätzlich Ausschluß von Dirigismus und staatlicher Zentralverwaltungswirtschaft bedeutet), 2. daß eine ausreichende Stetigkeit des Wachstums im Ausdruck des Geldwertes einerseits, des Beschäftigungsgrades andererseits gesichert wird, 3. daß eine sozial gerechte Verteilung des Sozialproduktes (als